

Deutschland ohne Mauer und Stacheldraht

Jürgen Gansäuer
3. Oktober 2010, Isernhagen

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Vorstand der CDU Isernhagen hatte den Mut, zu dieser Veranstaltung einen Studenten einzuladen. So wie ich die Verantwortlichen kenne, haben sie diese Einladung in vollem Bewusstsein ihrer geistigen Kräfte ausgesprochen und mich, wie es so schön heißt, als „Festredner“ angekündigt. Die Verantwortlichen haben also gewusst, worauf sie sich damit einließen und sind folgerichtig nicht unschuldig, wenn ich sogleich nicht nur feste reden, sondern auch etwas sagen werde. Feiertage sind nämlich nur so lange sinnvoll, wie sie nicht zu ausgeflogenen Nestern werden, deren Nutzung sich im Prinzip erledigt hat.

Wie auch immer, in meinem gregorianisch geordneten Kalendarium steht also für den heutigen Tag: 3. Oktober, Tag der deutschen Einheit. Dieser Begriff, so könnte man meinen, klingt in diesen Tagen fast wie eine Parodie auf die Befindlichkeit der Deutschen. Streit über die Kernenergie, Streit über die Gesundheitsreform, Streit über Hartz IV, Streit über die Schulpolitik, Streit über Sparpakete, Streit über Sarrazin und nicht zuletzt auch Streit in der Koalition. Was heißt also im Jahr 2010 „deutsche Einheit“? Ist es ganz falsch wenn ich heute frage,

ob nicht das Zusammenwachsen zwischen Ost und West manchmal weiter fortgeschritten zu sein scheint, als das Verantwortungsbewusstsein mancher Politiker, denen Taktik und Finesse wichtiger ist, als ein eigentlich selbstverständlicher Patriotismus, der über Parteigrenzen hinausreicht? Der 3. Oktober wird als Feiertag nur lebendig bleiben, wenn wir ihn nutzen, um ausgehend vom Fall der Mauer, die übrigens von Ost nach West und nicht umgekehrt eingerissen wurde, kritisch auf uns selbst zu schauen. Erinnerung ist wichtig, aber sie darf sich nicht nur darauf beschränken zurück zu schauen. Festveranstaltungen und Konzerte gehören sicher auch zu einem solchen Tag. Genauso wichtig scheint mir allerdings zu sein, dass wir nach 20 Jahren staatlicher Gemeinsamkeit an einem solchen Tag den Versuch machen, Bilanz zu ziehen und uns um die Beantwortung der Frage bemühen, wohin wir dieses Land eigentlich steuern wollen, um es eines Tages mit gutem Gewissen nachfolgenden Generationen übergeben zu können. Diesem Maßstab will ich mit dem was ich Ihnen jetzt vermitteln will, gerecht werden und halte es für völlig normal, wenn Sie ganz andere Auffassungen haben, als ich sie vertrete.

Mir geht es dabei nicht um vaterländische Gefühlsduselei, sondern um das Faktum, dass wir Deutschen mit dem 3. Oktober 1990 nicht nur eine Schicksals-, sondern auch eine Verantwortungsgemeinschaft geworden sind. Wenn nämlich das Einzige, das uns im Inneren dieses Landes miteinander

verbindet, der Besitz eines gemeinsamen Personalausweises ist, dann geht Deutschland allerdings noch schweren Zeiten entgegen. So trivial es klingt, aber die Demokratie lebt auch in diesem Kontext von der Mannigfaltigkeit politischer Überzeugungen und nicht von einer unnatürlichen, gekünstelten Übereinstimmung. Genau dies sollte uns unsere Geschichte ja eigentlich gelehrt haben. Aus guten Gründen ist unser Grundgesetz deshalb im Kern ja auch nichts anderes, als ein Regelwerk zum Schutz unterschiedlicher Auffassungen und Lebensgewohnheiten und Ausnahmen gelten nur für jene, die diese Ordnung beseitigen wollen, oder den Grundsatz der Menschenwürde verletzen. Ich habe mich in diesem Zusammenhang in den letzten Wochen gewundert, mit welcher Hysterie die öffentliche Meinung, und hier insbesondere die meisten Medien, auf die in der Sache weitgehend falschen Aussagen eines Vorstandsmitgliedes der Deutschen Bundesbank reagiert haben. Ist es wirklich ein Beleg für eine reife, selbstbewusste und inzwischen eigentlich auch gestandene Demokratie, wenn sie auf eine abwegige Meinung mit Entlassung und Parteirausschmiss antwortet? Thesen wie sie Thilo Sarrazin vertritt sind eine geistige Herausforderung die sich, davon bin ich fest überzeugt, formaljuristisch jedenfalls nicht erledigen lässt. Die Auflagenhöhe seines Buches belegt dies übrigens nachdrücklich. Die Reaktionen vieler Menschen denen ich begegne zeigen mir jedenfalls an, dass die Politik

sehr falsch beraten wäre, wenn sie es bei den Entrüstungsattitüden über ihn bewenden ließe. Natürlich gibt es zu einem friedlichen Miteinander in einer sich immer stärker globalisierenden Welt, von der ja gerade wir Deutschen wirtschaftlich enorm profitieren, keine ernsthafte Alternative. Gerade aber deshalb müssen wir aufpassen, dass die Dinge im Gleichgewicht bleiben. Ich will zwei Beispiele nennen: Ich halte es für absolut richtig, dass in unseren Schulen moslemischer Religionsunterricht angeboten wird. Es kann aber nicht sein, dass zeitgleich damit evangelischer und katholischer Religionsunterricht reihenweise ausfällt. Auch halte ich viel davon, dass Moslems im Rahmen unserer rechtlichen Möglichkeiten, Moscheen bauen können. Ich würde es allerdings sehr begrüßen, wenn Vertreter deutscher moslemischer Gemeinden sich in ihren Heimatländern sicht- und hörbar auch einmal dafür verwenden würden, dass dort christliche Kirchen gebaut werden können und die zum Teil brutale Verfolgung von Christen endlich ein Ende findet. Viele angstvollen, ja, manchmal sogar panischen Reaktionen von Deutschen sind allerdings auch ein Beleg dafür, dass man sich seiner eigenen kulturellen und religiösen Wurzeln nicht mehr sicher ist und sich kaum noch etwas zutraut. Nach zwei schlimmen Kriegen haben sich offensichtlich zu viele unserer Landsleute nur noch über Wachstum und Wohlstand, aber nicht mehr über eine gemeinsame Identität und die Verpflichtung zum

Gemeinwohl definiert. Vielleicht wurde zu schnell vergessen, wie wir nach dem zweiten Weltkrieg begonnen haben und woher wir gekommen sind. Den jungen Menschen ist dieses Versäumnis allerdings nicht anzulasten.

Wer sich noch ein wenig Sensibilität für die Sorgen und Empfindungen unserer Bürgerinnen und Bürger erhalten hat, spürt, dass der rapide soziale, ökonomische und kulturelle Wandel viel Verunsicherung bewirkt hat und der Blick der Menschen auf das Morgen immer häufiger nur sehr angstvoll gewagt wird. Das Unverständnis und die Unübersichtlichkeit der Geschehnisse setzen oft eine verzweifelte Suche nach Halt und Verlässlichkeit in Gang, die sich im Umfeld der Union fast traditionell in dem Ruf nach dem Konservativen Bahn bricht, gerade so, als könne man die Unbilden unserer Zeit damit verscheuchen. Wenn jene, die sich bewusst als „konservativ“ bezeichnen ihre Wertorientierungen gewahrt wissen wollen, gelingt dies aber nur, wenn sie sich nicht im Gestern festkrallen, sondern sich mit ihren Überzeugungen aktiv an der Gestaltung der Zukunft beteiligen. Eines ist jedenfalls unbestreitbar: Wer nicht mit der Zeit geht, der geht mit der Zeit und Fortschritt muss in einer freien Gesellschaft fast immer gegen das Bestehende errungen werden. Keiner hat das nach 1945 besser gewusst als Konrad Adenauer, der sich selber als „konservativ“ bezeichnet hat. Nach seinem Verständnis, das ich teile, hat er gerade deshalb nicht am Vergangenen festgehalten, sondern hat auf

der Basis seiner Wertüberzeugungen etwas völlig Neues vertreten, nämlich die Bindung Deutschlands an die freien Völker des Westens. Und genau diese Bindung war es, die uns Freiheit und Wohlstand nach dem schrecklichsten aller Kriege gebracht hat.

Meine Damen und Herren, die Einheit unseres Landes war eines der größten Geschenke, die die Geschichte an uns Deutsche je bereit gehalten hat. Nach einem gescheiterten Kaiserreich, einer nicht lebensfähigen Demokratie, einer braunen und einer roten Diktatur ist ein Land entstanden, um das uns fast alle Völker der Welt beneiden. Das Grundgesetz ist die rechtliche Konsequenz, die unsere Verfassungsväter und –mütter aus den Verirrungen unserer Geschichte gezogen haben. Die so geschaffene Rechtsstruktur der Bundesrepublik ist kein Selbstzweck, sondern sie schützt die mühsam errungene Freiheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Wenn sie dies auch künftig leisten soll, sind wir gut beraten, die Instrumente, die unser Staat für einen friedlichen Austrag unterschiedlicher Meinungen besitzt zu achten und zu schützen. Ich will und kann in diesem Kontext nicht beurteilen, ob Stuttgart 21 eine sinnvolle oder unsinnige Baumaßnahme ist, und ich vermute, dass es gute Argumente dafür und dagegen gibt. Ich kann und will auch nicht beurteilen, ob der Polizeieinsatz am vergangenen Donnerstag verhältnismäßig, oder das Verhalten der Demonstranten inakzeptabel war. Auch beteilige ich mich

nicht an einer Verurteilung der Polizei, die manchen ja fast traditionsgemäß ohne nähere Prüfung über die Lippen kommt. Was ich beurteilen kann ist aber der Verfahrensweg den dieses Vorhaben genommen hat. Innerhalb einer fast zwanzigjährigen Diskussion haben Bundestag, Landtag, Regionalversammlung und Stadtrat von Stuttgart mit jeweils etwa fünfundsiebzigprozentigen Mehrheiten diesem Projekt zugestimmt. In einer Vielzahl von Gerichtsverfahren wurde das Vorhaben geprüft. Ein Bürgerentscheid, der in Stuttgart möglich gewesen wäre, wurde nicht beantragt. Trotz allem, ich betone dies ausdrücklich, darf man in Deutschland gegen eine solche Maßnahme gewaltfrei demonstrieren, und das muss auch so bleiben, denn unsere demokratische Ordnung muss auch Zumutungen ertragen können, weil die Freiheit die sie schützt, weit wichtiger ist als grenzwertige Verhaltensweisen von Demonstranten. Was aber überhaupt nicht gut ist, ist der Umstand, dass Menschen nicht akzeptieren können, dass Parlamente, Kommunalversammlungen und Gerichte gegen sie entschieden haben und was nicht nur nicht gut, sondern schärfstens zu verurteilen ist, ist das Faktum, dass sich Demonstranten vor diesem Hintergrund, trotz mehrfacher Aufforderung durch die Polizei, nicht entfernt haben. Dass Kinder in die Auseinandersetzungen mit einbezogen wurden, ist in hohem Maße zu bedauern. Ob Demonstrationen die richtigen Aufenthaltsorte für Kinder sind, darüber sollten

verantwortungsbewusste Eltern allerdings auch einmal in Ruhe nachdenken.

Ich habe diese Ereignisse mit großer Sorge beobachtet, denn sie offenbaren im Kern ein gestörtes Verhältnis zum demokratischen Rechtsstaat, das nicht ungefährlich ist. Wenn nämlich Bürgerinnen und Bürger ihre jeweilige persönliche Überzeugung absolut setzen, ist ein friedliches Zusammenleben nicht mehr möglich. Ich jedenfalls möchte nicht in einem Land leben, in welchem nicht mehr Gerichte, sondern die Anzahl der Demonstranten über Recht und Unrecht entscheiden. Die Konsequenz wäre nämlich, dass jene auf der Strecke bleiben, die nicht mehr demonstrieren und in Trillerpfeifen blasen können und genau dies würde an den Grundfesten unseres Staates rütteln. In unserem Land braucht man keinen Mut, um zu demonstrieren. Mut und Courage brauchen jetzt die, die widerstehen müssen, denn in Stuttgart geht es inzwischen um mehr als nur um einen Bahnhof.

Dass der Grünen-Chef Cem Özdemir dem Baden-Württembergischen Ministerpräsidenten Mappus in diesem Zusammenhang unterstellt hat, dass dieser Blut sehen wollte, macht deutlich, mit welchem Feindbild und mit welcher Verbissenheit 20 Jahre nach der deutschen Einheit manche heute um politische Macht ringen. Die Grünen verlangen zu Recht, dass sich dieser Staat engagiert gegen Neonazis

wendet. Was aber nützt das alles, wenn wir in der politischen Auseinandersetzung genau deren Vokabular übernehmen?

Der 9. November 1989, ist der Tag des „unbeabsichtigten Falles der Mauer“, schreibt der Berliner Historiker Hans-Hermann Hertle. Das mag so sein, aber von selber ist sie bekanntermaßen nicht zusammen gefallen. Ich habe mich in den vergangenen 20 Jahren immer wieder gefragt, welche dauerhaften Erkenntnisse wir abseits aller Feierlichkeiten aus diesem Vorgang eigentlich grundsätzlich ziehen sollten? Hermann Hesse hat einmal gefragt: *„Die Geschichte ist geschehen – das genügt?“* Und er hat darauf auch sogleich eine Antwort gegeben: *„Eben nicht! Wer sie hinnimmt, ohne sie nach ihrem Sinn zu befragen, muss ein Roboter sein, ein Mensch“* – so Hesse – *„ist er jedenfalls nicht“*. Weil wir es der Vergangenheit und der Zukunft schuldig sind, werde ich versuchen, einige Antworten auf diese Frage zu geben.

Ich beginne mit einem Bekenntnis, nämlich der Feststellung, dass der 9. November aus meiner Sicht der sinnhaftere Nationalfeiertag für unser Land gewesen wäre. Ich respektiere selbstverständlich die Entscheidung für den 3. Oktober, für den es auch gute Argumente gibt. Dennoch, die Verwerfungen und Verstrickungen und die Höhen und Tiefen der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, um deren Bewertung und Einordnung es ja bei einem Nationalfeiertag auch gehen muss, verbinden sich weit eher mit dem 9. November. Mehr

noch, der 9. November scheint tatsächlich eine Art Schlüsseldatum der deutschen Geschichte zu sein.

Ich erinnere an den 9. November 1848. Robert Blum fuhr im Auftrag des Paulskirchenparlaments nach Wien, um den Demokraten, die sich in einem offenen Kampf mit der alten Obrigkeit befanden, eine Sympathieadresse zu überbringen. Er wurde festgenommen, zum Tode verurteilt und sofort standrechtlich erschossen. Der zweite 9. November im Jahr 1918, bezeichnet den Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Gleich zweimal wurde an diesem Tag in Berlin die neue, deutsche Republik ausgerufen: Einmal durch den Sozialdemokraten Philipp Scheidemann vom Reichstag aus, dem es nach dem Scheitern der Monarchie um die Errichtung einer parlamentarischen Demokratie ging; ein weiteres Mal durch den Sozialisten Karl Liebknecht vom Stadtschloss aus, dem eine Räterepublik nach sowjetischem Muster vorschwebte.

Der dritte 9. November den ich erwähnen will, fand 1923 statt. Adolf Hitler und General Ludendorff versuchten in München mit dem Marsch auf die Feldherrenhalle zu putschen. Sie wurden verhaftet und wegen Hochverrats zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt. Wenige Monate später wurden beide bereits wieder entlassen. Zwei Jahre später, am 9. November 1925 wurde die SS gegründet und dreizehn Jahre später, 1938, standen in der sogenannten Reichskristallnacht jüdische Einrichtungen in ganz Deutschland in Flammen. Am 9. November 1939, also ein Jahr

später, sprach Hitler im Bürgerbräukeller in München. Zwei Monate zuvor hatte er den Angriff auf Polen befohlen.

Der nächste 9. November, der des Jahres 1989, markiert ein Datum, dessen Ausmaß und Tiefenschärfe von vielen unserer Landsleute, so scheint mir manchmal, auch heute noch nicht wirklich erkannt worden ist. Um 23.30 Uhr wurde am Grenzübergang Bornholmer Straße in Berlin der erste Schlagbaum aufgezogen. 44 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation war das eigentliche, das tatsächliche Ende des Zweiten Weltkrieges gekommen, das zugleich die Teilung Deutschlands und Europas aufhob. Und auch der 17. Juni 1953 hat an diesem Tag seine Erfüllung gefunden. Die größte, erfolgreichste und unblutigste Revolution die je auf unserem Kontinent stattfand hatte über ein System triumphiert, das bis an die Zähne bewaffnet, am Ende hilflos war. Die Welt hatte ein anderes Gesicht bekommen und die Keimzelle dieser Freiheitseruption waren die Friedensgebete in Leipzig und in vielen anderen Kirchen der ehemaligen DDR. „Wir waren auf alles vorbereitet“ hat ein Stasi Offizier einmal gesagt, „nur nicht auf Kerzen und Gebete“. Was immer es an menschlichem Versagen in unseren Kirchen gibt und gegeben hat: Ohne die katholischen Pfarrer und ohne die evangelischen Pastoren wäre der Erfolg dieser Erhebung nicht möglich gewesen und es gilt, dass dies historisch festgehalten bleibt. Um es ganz unpathetisch auszudrücken: Die Helden waren die ganz

einfachen Menschen und nicht die Staatsmänner und auch nicht die Herren aus den Vorstandsetagen der Banken. Die meisten von diesen sind ja auch erst später gekommen, als es im gesicherten Umfeld um Geschäfte ging.

Die Ereignisse vom 9. November 1989 sind aber noch mehr gewesen als die Bewältigung der deutschen Geschichte, denn sie eröffneten die Möglichkeit, alte Feindschaften hinter sich zu lassen und den Frieden auf der Welt, trotz aller Schwierigkeiten, gemeinsam weiter zu entwickeln. Wer hätte dies am 8. Mai 1945 für möglich gehalten, dass wir heute mit allen unseren Nachbarn in Frieden und Freundschaft leben, ein Zustand, den es in der europäischen Geschichte noch nie gegeben hat! Deutschland war noch nie so tief gefallen wie am Ende des zweiten Weltkrieges, denn die Bilder der geöffneten KZ-Tore, z.B. auch jener aus Bergen-Belsen, waren inzwischen um die Welt gegangen. Es ist nicht übertrieben, wenn ich sage, dass die Kulturnation Deutschland in den Augen der meisten Völker auf diesem Globus am 8. Mai 1945 aufgehört hatte zu existieren.

Etwa sechs Wochen nach dem Fall der Mauer fuhren Wilfried Hasselmann und ich zu Superintendent Magirus nach Leipzig. Er war maßgeblich an den Friedensgebeten beteiligt und wir kannten ihn aus dem Fernsehen. Wir trafen uns in seiner Wohnung gegenüber der Nikolaikirche. Sein Bericht über die Ereignisse in den voraufgegangenen Monaten war zutiefst

eindrucksvoll, aber seine Vorstellungen darüber, wie es weitergehen sollte, waren außerordentlich nebulös. Wilfried Hasselmann und mir war sehr schnell klar, dass die Menschen zum damaligen Zeitpunkt mit solchen Überlegungen völlig überfordert waren. Das Wichtigste hatten sie ja auch erreicht: Eines der inhumansten politischen Systeme auf unserem Kontinent war mit ihrer Hilfe implodiert.

Auf der Rückfahrt musste ich an die vielen Opfer denken, die das SED-Regime gekostet hat. In den Minenfeldern und dem Todesstreifen, an dem wir vorbei fuhren, ist so manche Hoffnung auf Freiheit und Menschenwürde im Kugelhagel der Kalaschnikows der NVA zunichte gemacht worden. Ich erinnere mich genau, dass ich an Peter Fechter denken musste. Bei einem Fluchtversuch ist er angeschossen worden. Er lag auf der östlichen Seite der Berliner Mauer und schrie zwei Stunden lang um Hilfe und jammerte vor Schmerzen. Den Menschen auf der westlichen Seite standen die Tränen in den Augen, aber sie konnten nicht helfen. Auf der östlichen Seite rührte sich nichts. Als er verstummte, trug ihn ein Vopo weg. Er war tot; 18 Jahre alt.

Nun, so lange den Deutschen im Westen die Einheit nicht zu nahe kam, war ihre Welt in Ordnung. Man hatte schließlich gesiegt. In der Folge allerdings wurde so mancher aus dem Trauma einer wohlwollenden Begleitung dieses Vorganges aufgeschreckt, als es nämlich um Geld ging. Und hier war für

viele die Freundschaft beendet. Alle bundesrepublikanischen Parteien hatten zwar auf ihren Parteitag viel Solidarität mit der Dritten Welt beschlossen - was sich ja immer gut macht - aber für die eigenen Landsleute galt diese nur außerordentlich bedingt. Ein nicht ganz unbekannter niedersächsischer Politiker goss damals noch Öl ins Feuer und erklärte gegenüber der Neuen Presse in Hannover, dass sich die DDR-Bürger gefälligst hinten anzustellen hätten. Nun, im Hintenanstellen waren sie ja auch außerordentlich geübt. 12 Jahre mussten sie auf einen Telefonanschluss und 18 Jahre auf einen Trabbi warten. Allerdings hatten sie mit dem neuen Wirtschaftssystem Probleme, denn auf den Universitäten der DDR konnte man zwar studieren, wie man aus einer kapitalistischen Wirtschaft eine sozialistische macht, aber ein Studium umgekehrt hatte es leider nicht gegeben.

Wie auch immer, die Helden von Leipzig mutierten innerhalb kürzester Zeit zu Bittstellern von Bonn und später von Berlin. Und diese kamen sich nicht nur so vor, sondern sie wurden vielfach auch so behandelt. Plötzlich war nicht mehr die Rede von Freiheit und Menschlichkeit, sondern nur noch von Geld. Die physische Mauer war zwar gefallen, aber die in den Köpfen wuchs von Tag zu Tag und Selbstsucht und Missgunst machten die Runde. Die manchmal sogar offen zur Schau getragenen ökonomischen Überlegenheitsattitüden haben die Menschen, denen unter Einsatz ihres Lebens die erfolgreichste europäische

Revolution gelungen war, oft genug düpiert und gekränkt. Gott sei Dank gab es immer auch Ausnahmen und positive Beispiele, aber insgesamt reduzierte sich die Wiedervereinigung in der öffentlichen Wahrnehmung auf das Problem Geld. Der Streit jedenfalls, wer was wann und in welcher Höhe zu zahlen hat, überlagerte alles. Und er überlagerte vor allem das, was noch wichtiger war als Geld, nämlich die Bewusstmachung unserer gemeinsamen Geschichte und Kultur. Sie spielte damals überhaupt keine Rolle. Die große historische Leistung des 9. November geriet so zeitweilig zu einem unwürdigen Verteilungskampf, der nicht mehr mit dem Herzen, sondern fast nur noch mit dem Rechenschieber ausgetragen wurde.

Am vergangenen Donnerstag stand ich, eine Autostunde von hier entfernt, in der Stiftskirche in Quedlinburg vor der Grabstelle des ersten ottonischen Königs, des Sachsen Heinrich I., der im Jahr 936 verstorben ist. In der alten Krypta war ich fast allein und mir ging durch den Kopf, dass der Sohn Heinrichs, Otto I., den man später „den Großen“ nennen sollte und der im Jahr 962 in Rom vom Papst zum Kaiser gekrönt worden war, 973 im Magdeburger Dom bestattet worden ist. Mit ihm verbinden viele Historiker heute mit Recht den Beginn einer eigenständigen Geschichte Deutschlands.

Ich musste an die Wartburg denken, die etwa 100 Jahre nach dem Tod Otto I. erbaut worden ist. Auf ihr hat Martin Luther bekanntermaßen das Neue Testament übersetzt und ihm haben

wir es zu verdanken, dass wir heute - mit Ausnahme der Bayern und Sachsen - eine gemeinsame deutsche Sprache sprechen. Auf dem Rückweg kam mir einmal mehr Weimar in den Sinn, die Stadt, in der der ganze Antagonismus der deutschen Geschichte wie in keiner anderen Stadt, mit den Händen zu greifen ist und die mich deshalb immer wieder geradezu magisch anzieht.

Ich dachte an das Schloss. Hier hatte die Welfin Anna Amalia (1739-1807) gelebt und gewirkt. Sie ist in Wolfenbüttel geboren und war die Tochter von Herzog Karl I. von Braunschweig-Wolfenbüttel (1713-1780). Er hatte das „Carolinum“ gegründet aus dem sich später die Universität Braunschweig entwickelte und auch die Porzellanmanufaktur in Fürstenberg ist seiner Initiative zu verdanken. Mit 16 Jahren wurde Anna Amalia mit Ernst August II. von Sachsen-Weimar-Eisenach (1737-1758) verheiratet. Mit 18 Jahren war sie bereits Witwe. Aus der Ehe stammten zwei Söhne. Für diese holte sie Christoph Martin Wieland (1733-1813), einen der bedeutendsten Schriftsteller der Aufklärung, als Erzieher nach Weimar. Sie förderte Musik und Kultur und nach ihr ist eine der bedeutendsten Bibliotheken der Welt benannt. Alles was sich mit dem Begriff der „Weimarer Klassik“ verbindet, geht im Ursprung auf diese Frau zurück.

Ich dachte an Johann Wolfgang von Goethe (1749-1832) in dessen Zimmer, in welchem er den Faust geschrieben hat, ich oft gestanden habe. Fast nur ein Steinwurf entfernt befindet sich

das Haus des für mich größten Freiheitsdichters der Welt: Friedrich Schiller (1759-1805). Hier hatte er oft mit Goethe disputiert und hier ist er auch gestorben. An seinem 175. Geburtstag, 1934, hatte Josef Goebbels in Anwesenheit Hitlers in Weimar erklärt: „Er war einer der Unseren, Fleisch von unserem Fleisch und Blut von unserem Blut“. 21 Jahre später war er wieder „Unser“. Zu Schillers 150. Todestag erklärte Johannes R. Becher, der erste Kulturminister der DDR: „Friedrich Schiller ist Unser, Friedrich Schiller bleibt unser, weil er unser Volk ist...“.

Ich dachte an die Kirche St. Peter und Paul. Johann Gottfried Herder (1744-1803), der zuvor Hofprediger in Bückeburg gewesen ist, hatte hier als Generalsuperintendent gewirkt. Auf der Kanzel hatte bereits Martin Luther gepredigt und Johann Sebastian Bach (1685-1750), der bekanntermaßen in Eisenach geboren ist, hatte später die Gottesdienste mit seiner wunderbaren Musik begleitet. Seine musikalische Ausbildung hat er übrigens drei Jahre lang im Michaeliskloster in Lüneburg erhalten.

Ich dachte an das Nationaltheater, in welchem 1919 die Verfassung der Weimarer Republik beraten worden ist, die vor allem deshalb scheiterte, weil es zu wenig Demokraten gab die bereit waren sie zu verteidigen. Hier wurde der erste Reichspräsident, Friedrich Ebert gewählt und vereidigt, der leider viel zu früh gestorben ist. Gegenüber vom Nationaltheater

befindet sich das Bauhausmuseum in welchem man an die große Tradition von Walter Gropius, Lyonel Feininger, Paul Klee und Wassily Kandinski erinnert wird, deren Wirken ja ebenfalls mit dieser Stadt untrennbar verbunden ist. Gropius musste 1934 vor den Nationalsozialisten in die USA fliehen. Auch Hoffmann von Fallersleben (1798-1874) hat sieben Jahre in Weimar verbracht, bevor er nach Corvey ging wo er auch gestorben ist. 1922 hat Friedrich Ebert sein Lied der Deutschen zur Nationalhymne erklärt und gesagt:

„Einigkeit und Recht und Freiheit! Dieser Dreiklang aus dem Liede des Dichters gab in Zeiten innerer Zersplitterung und Unterdrückung der Sehnsucht aller Deutschen Ausdruck: er soll auch jetzt unseren harten Weg zu einer besseren Zukunft begleiten.“

Die Hoffnung auf eine bessere Zukunft zerstörte dann aber ein Mann, der viel mit Weimar zu tun hatte und bereits im November 1933 Ehrenbürger geworden war: Adolf Hitler. Mehrfach im Jahr kam er hierher. Hier in der Stadt Goethes und Schillers hatte die NSDAP ihre besten Wahlergebnisse und hier in Weimar wurde die Hitlerjugend gegründet.

Ich dachte an das Konzentrationslager Buchenwald auf dem Ettersberg. Es liegt nur 8 Kilometer vom Stadtkern entfernt. Hier hin ist Dietrich Bonhoeffer verschleppt worden, bevor er in Flossenbürg ermordet worden ist. An seinem Eingangstor steht der Spruch „Jedem das Seine“. An ihm mussten jene

vorbeigehen, denen durchaus klar war, dass sie den umgekehrten Weg nie wieder antreten würden. In diesem Lager wurden bis zum Kriegsende fast 50.000 Menschen umgebracht. Aber nach der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald ging das Morden weiter, nur dass die Ideologie gewechselt hatte, denn statt der SS mordeten nun die Kommunisten, nämlich das NKWD und diese übergab das Lager einige Jahre später an die Stasi.

Abseits persönlicher Schuld ist es für uns heute wichtig, dass wir mit Würde und Anstand zu allen Teilen unserer Geschichte stehen und nicht wegtauchen. Das sind wir den Geschundenen und Gequälten, den Vergasteten, Erhängten und Erschossenen schuldig, für die ich stellvertretend nur die Namen Anne Frank, die Geschwister Scholl, Pater Kolbe, Dietrich Bonhoeffer und Graf Staufenberg stellvertretend nenne.

Meine Damen und Herren, jawohl, auch ich habe es nicht für möglich gehalten, dass die Einheit meines Vaterlandes so rasch verwirklicht werden konnte. Aber ich habe mich immer dagegen gesträubt, meine Landsleute auf Dauer einem System zu überantworten, von dem jeder wusste, dass es die elementarsten Grundsätze der Menschlichkeit verletzt. Ich bin noch heute empört und entsetzt darüber, dass Politiker, aber auch sogenannte Intellektuelle aus der Bundesrepublik, kein Problem damit hatten, Erich Honnecker als einen zutiefst redlichen Mann zu bezeichnen, die Zuschüsse für die

Erfassungsstelle in Salzgitter zu streichen, eine DDR Staatsbürgerschaft, mit fatalen Folgen für Flüchtlinge, anzuerkennen und sich ihrer guten Kontakte mit DDR Größen zu rühmen und sich damit öffentlich wichtigmachten. An diesen Beispielen erkennt man, wie wenig oft Freiheit für jene bedeutet, die sie besitzen und wie oft Wohlstand die Wirkung hat, Bindungen und Wertorientierungen aufzulösen. Hubertus Knabe, Historiker und langjähriger Mitarbeiter der Gauck-Behörde schreibt dazu in seinem Buch „Der diskrete Charme der DDR“:

„Offensichtlich war die Bereitschaft, mit den kommunistischen Machthabern zu kooperieren und das eigene kritische Urteilsvermögen hintanzustellen, größer, als dies der Öffentlichkeit bisher bewusst war“.

Und dass sich in den letzten Wochen eine Diskussion über die Frage, ob die DDR ein Unrechtsstaat gewesen ist oder nicht, entwickelt hat, ist geradezu absurd. Die DDR war nie ein Staat, dessen Ziel die Bewahrung des Rechts, sondern immer die Durchsetzung des Klassenkampfes war. Wie kann ein Staat ein Rechtsstaat sein, der willkürlich Unrecht einsetzt, um seine politischen Ziele zu erreichen; der seine Bürger an der Grenze erschießt, sie bespitzelt, Menschenhandel betreibt, Zwangsadoptionen vornimmt und junge Menschen, die zur Konfirmation oder Kommunion gegangen sind, nicht studieren lässt? Als Demokraten sollten wir sehr aufpassen, dass hier

nicht schleichend Wertverschiebungen stattfinden, die wir im Interesse der Wahrheit nicht und niemals akzeptieren dürfen.

Meine Damen und Herren, man kann und darf die CDU kritisieren, man kann an ihr manches für falsch halten und man muss sie vielleicht noch nicht einmal mögen, aber eines kann man nicht: Man kann nicht bestreiten, dass Menschen, die dieser Partei angehört haben, bzw. ihr angehören, zum richtigen Zeitpunkt die Weichen für unser Vaterland richtig gestellt haben. Stellvertretend für viele denen man besonders danken müsste, nenne ich nur die Namen Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Helmut Kohl.

Meine Damen und Herren, was Deutschland mit der Wiedervereinigung geschafft hat, hat zuvor noch kein anderes Land auf der Welt geschafft. Vieles ist noch zu erledigen, aber auf das Erreichte können wir Deutschen getrost auch einmal gemeinsam stolz sein. Die Botschaft dieses Ereignisses ist für mich heute, dass wir diese Erfahrung nutzen müssen, um überall auf der Welt mit unseren Kräften zu mehr Frieden und Gerechtigkeit beizutragen, denn Globalisierung darf ja nicht heißen, Reichtum für wenige, sondern Wohlstand für alle.

Meine Damen und Herren, man kann es drehen und wenden wie man will, die Bundesrepublik Deutschland ist ein historischer Glücksfall. Aus den zerstörten Städten und Dörfern ist ein Staat erwachsen, um den uns die meisten Völker der Welt beneiden. Niemals vorher ist Deutschland freier,

wohlhabender und bis heute sozialer gewesen als in den vergangenen 60 Jahren und noch niemals vorher hat es eine so lange Friedensphase gegeben wie die nach dem zweiten Weltkrieg. Wer sich die Fähigkeit zur objektiven Einschätzung dieser Vergangenheit erhalten hat, kann nur zu dem Urteil kommen, dass unser Land seit dem 8. Mai 1945 einen politisch-ökonomischen Quantensprung gemacht hat, der in der Geschichte der Menschheit seinesgleichen sucht. Ist es zu viel verlangt, dass wir Deutschen, trotz aller aktuellen Probleme, dafür auch einmal dankbar sein sollten. Menschen jedenfalls die nicht mehr „danke“ sagen können, laufen immer Gefahr, alle Maßstäbe zu verlieren. Peer Steinbrück hatte Recht, als er vor wenigen Tagen hier in Hannover darauf hinwies, dass vieles in unserem Land zu selbstverständlich geworden ist und unser Wohlstand und die Leistungen unserer Sozialsysteme nicht einfach anstrengungslos fortzusetzen sind.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich Ihnen noch eine kleine Geschichte erzählen, die in treffender Weise deutlich macht, was ich meine. Sie handelt von einem armen ostpreußischen Bauern, der vom preußischen Staat ein Stück Brachland geschenkt bekommen hat. Dieser Bauer arbeitet im Schweiß seines Angesichtes an dem kargen Stück Land. Er jätet Unkraut, pflügt und streut Mist. Nach einigen Jahren schlimmer Schufferei ist er dabei, die erste Ernte einzubringen, als just in diesem Moment der Ortspfarrer an seinem Acker

vorbei kommt. Der Pfarrer bleibt stehen, schaut dem Bauer einen Augenblick interessiert zu und ruft zu ihm hinüber: *„Karl, du weißt aber doch, dass du diese Ernte dem Herrgott zu verdanken hast?“* Der Bauer unterbricht seine Arbeit, überlegt einen Augenblick und ruft zurück: *„Jawohl, Herr Pfarrer, das weiß ich wohl, aber sie hätten vor vier Jahren einmal das hohe Unkraut sehen sollen, als der Herrgott diesen Acker noch alleine bewirtschaftet hat.“* Dieser arme Bauer zeigt uns auf beeindruckende Art und Weise das Problem unserer Zeit auf. Es gibt keinen Acker auf dem das Unkraut nicht immer wieder versucht zu wachsen. Beseitigt wird es aber nicht durch aktives, zuweilen auch geistreiches Jammern, sondern nur dadurch, dass wir im Großen wie im Kleinen selber Hand anlegen.

